

Vorsitzender des Österreichischen Wissenschaftsrates mahnt rot-grün-blaue Vernunft ein, 17.9.2008

Der Antrag der Abgeordneten Broukal, Graf und Grünwald, der bei der Nationalratssitzung am 24. September beschlossen werden soll, ist ein Weg in die programmierte Mittelmäßigkeit. Er ist mit der heißen Nadel gestrickt – wie inmitten eines Wahlkampfes wohl auch nicht anders zu erwarten. Das Vorgehen ist in einem hohen Maße leichtfertig, weil es ein solides Begutachtungsverfahren einschließlich eines sorgfältigen Abwägens aller Argumente mit den betroffenen Universitäten, nicht zulässt. Außerdem bürdet es Österreich Kosten auf, die es nicht – und wenn, dann nur zulasten der Universitäten und ihres Ausbildungsniveaus - tragen kann.

„Die Abschaffung der Studiengebühren, die Aufhebung aller bisherigen Zulassungsbeschränkungen und eine aus dem Hut gezauberte Erhöhung von Studienanfängerplätzen in der Medizin stellen nichts anderes als wahlkampfaktische Maßnahmen dar, deren sowohl institutionelle als auch finanzielle Folgen nicht bedacht werden,“ so Vorsitzender Mittelstraß.

Die positiven Effekte von Studiengebühren und die verbesserte Studiensituation nach Einführung von Zulassungsbeschränkungen würden fahrlässig wieder preisgegeben. Im Übrigen dürfte Österreich nicht mehr Studienplätze in der Medizin benötigen; vielmehr sollte es in erster Linie darum gehen, die medizinische Ausbildung zu verbessern. Nicht „Mehr“, sondern „Besser“ sollte die Devise der Wissenschaftspolitik in Österreich sein.